



unser Auftrag



Als Bundesheer schneller und effizienter werden

**Generalmajor Rudolf
Striedinger zur Reform
des Bundesheeres**

Kärntner Abwehrkampf

Volksabstimmung 1920: 59 Prozent für Österreich

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Lichtjahre von EU-Armee entfernt

Globale strategische Lageentwicklung

Schwerpunkt USA und Russland

Die kritische Instanz in Sachen Sicherheit.



Dr. Bernhard Egger, Olt

UNSER AUFTRAG 5/2020 ist die letzte Ausgabe dieses ereignisreichen Jahres, verbunden mit den besten Weihnachts- und Neujahrswünschen für die Mitglieder und Freunde der Offiziersgesellschaft Wien.

Diese Ausgabe steht im Zeichen der Reform des Bundesheeres durch Bundesministerin Tanner und der

hen hier Frankreich und Deutschland voran, und machen damit deutlich, dass es Sicherheit in Europa nicht zum Nulltarif geben kann.

Darüber hinaus können wir diesmal zum 100jährigen Jubiläum einen interessanten Artikel über den Kärntner Abwehrkampf von Oberst Gerhard Arlt, Historiker und langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter des Kriegsarchivs sowie seit vielen Jahren Mitglied der OG-Wien, abdrucken.

Weiters hat Major Albert Stöger einen Artikel über die Mitgliederdatenbank der OG-Wien verfasst, der mit einer Bitte an die Mitglieder einhergeht, uns Änderungen und vor allem Ihre E-Mail-Adresse bekannt zu geben. Gerade in Zeiten eines sehr eingeschränkten Kasinobetriebes am Schwarzenbergplatz ist es uns wichtig, über Post und E-Mail-Präsidentenbriefe mit unseren Mitgliedern in Kontakt bleiben zu können, und dazu ist eine regelmäßig gewartete Mitgliederdatenbank unumgänglich.

Bundesheerreform bringt Budgeterhöhung und Neuerungen für Miliz

erfreulichen Budgeterhöhungen, mit denen das Bundesheer für neue Bedrohungen fit gemacht werden soll. Dazu bringen wir ein ausführliches Interview mit dem Stabschef der Frau Bundesminister, Generalmajor Rudolf Striedinger, der sich eineinhalb Stunden Zeit genommen hat ausführlich auf unsere Fragen einzugehen und die bereits bekannten Eckpunkte der Reform und insbesondere der für die Miliz erfreulichen Neuerungen darzulegen.

Des Weiteren bringen wir passend zum Ausgang der US-Präsidentenwahl einen Artikel von unserem langjährigen Autor Thomas Brandtner, Abteilungsleiter im Rat der EU in Brüssel, über die globale strategische Lageentwicklung mit Schwerpunkt USA und Russland. Auch wollen wir in diesem Zusammenhang in einem weiteren Artikel Neuerungen in der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik beleuchten, die durch den Brexit an Fahrt aufgenommen hat. Insbesondere ge-

Schließlich versuchen wir bei der Weihnachtsausgabe auch immer ein paar interessante Buchtipps für Weihnachtsgeschenke zu geben. Hervorzuheben ist dabei eine Rezension von unserem ehemaligen langjährigen Chefredakteur Major aD Walter Tancsits über ein Buch von Hugo Portisch mit Titel „Russland und wir. Eine Beziehung mit Geschichte und Zukunft“, wo der Autor bei aller Kritik an autoritären Strukturen in Russland langfristig für eine stärkere Einbindung von Russland in Europa plädiert, denn Russland ist ein Teil Europas.

Natürlich darf auch dieses Mal die Kolumne „Wussten Sie, dass ...“ von Alt-Präsident Oberst aD Peter Birkmayer nicht fehlen, ebenso wie der Bericht aus dem Militärkommando Wien.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre, gesegnete Weihnachten und weiterhin viel Gesundheit!

Gemeinsam entscheiden – gemeinsam gestalten

Brief des Präsidenten

Trotz heftiger Anstrengung war es uns vor dem 2. Lock-Down nicht mehr vergönnt, am 18.11.2020 unsere Vollversammlung samt Neuwahl in der Maria-Theresien-Kaserne abzuhalten. Wir haben nun die Vollversammlung in das Jahr 2021 verschoben und führen die Wahl in Form einer Briefwahl durch. Ihr habt Eure Wahlunterlagen per Post erhalten. Bitte stimmt ab – am einfachsten elektronisch an wahl2020@ogwien.at oder postalisch. Solltet Ihr noch keine Wahlunterlagen erhalten haben – bitte meldet Euch unter sekretariat@ogwien.at.

Damit genug der administrativen Details unserer Vereinsgeschichte. Ich möchte diese Ausgabe von UNSER AUFTRAG mit drei positiven Entwicklungen beginnen. Die erste ist unsere Wahl, die wir bis 15.12.2020 durchführen werden, sodass wir vor Weihnachten ein Wahlergebnis haben werden. Ein klarer Vorteil der Briefwahl ist, dass wir mit der voraussichtlich größten Wahlbeteiligung in der Geschichte unserer Vereinigung rechnen dürfen. Nutzen wir diese Gelegenheit und entscheiden wir gemeinsam über unsere Zukunft, die wir dann auch gemeinsam gestalten werden. Die zweite positive Entwicklung zeichnet sich erstmalig nach vielen Jahren im Budgetansatz 2021 des Heeresressorts ab. Gleich an mehreren Stellen sind seit langer Zeit überfällige Investitionen geplant. Unser ÖOG-Vizepräsident GenMjr Mag. Rudolf Striedinger berichtet Euch in dieser Nummer ausführlich darüber. Auch wenn noch einiges mehr notwendig sein wird – wir stehen am Anfang eines langen Weges und die Bedeutung des ÖBH wird wiedererkannt. Ich erinnere noch an GenMjr Striedingers Worte anlässlich unseres Neujahrsempfangs 2020. Diesen Worten sind nun Taten gefolgt – die erste Teilmobilisierung des ÖBH und nun ein Anwachsen unseres Budgetansatzes um über 8%. Und dabei geht es nicht nur um teure Waffensysteme, sondern u.a. auch um die Ausstattung unserer Milizangehörigen. Eine gute Entwicklung in die richtige Richtung, denke ich.

Schließlich stimmt es mich froh, dass die Menschheit ernsthafte Chancen hat, die derzeit weltweit vorherrschende pandemische Bedrohung durch COVID-19 zu besiegen. Mehrere Impfstoffe haben in den letzten Wochen die Endphase klinischer Massentests erreicht. Sehr hohe Effektivitäten dieser Impfstoffe konnten nachgewiesen werden. Es besteht daher die ernsthafte Chance,



Dr. Udo Birkner, ObstdIntD

dass zur Mitte des nächsten Jahres viele von uns, die dies wollen, über einen entsprechenden Impfschutz verfügen werden. Eine sehr große Bedrohung für Leib und Leben, aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft wäre damit gebannt. Leider muss ich an dieser Stelle auch ansprechen, dass diese grundsätzlich positive Entwicklung nicht schnell genug abläuft, sodass der Neujahrsempfang 2021 unserer Vereinigung sehr zu meinem Bedauern abgesagt werden muss. Dies ist mit größter Sicherheit die letzte Ausgabe der Zeitschrift UNSER AUFTRAG im Laufe meiner Präsidenschaft 2017 bis 2020. Ich danke herzlich für das in mich gesetzte Vertrauen und hoffe, dass die Vereinsgeschichte positiv über diese Jahre berichten wird. Kameradschaft, die Einheit des Offizierskorps und auch unsere Zukunftstauglichkeit standen im Mittelpunkt meines Strebens. Ernst Rüdiger von Starhemberg war mir Vorbild und Ansporn zugleich. Sollte mein Wahlvorschlag wiedergewählt werden, werden die nächsten drei Jahre dort anknüpfen, wo die ersten drei geendet haben. Wir werden weiterwachsen, um das Ziel von 1.400 Mitgliedern am Ende des Jahres 2023 zu erreichen. Wir werden unverändert finanzielle Disziplin üben, um unsere Vereinsressourcen zu mehren. Und wir werden in der kommenden Vorstandsperiode trachten, unser Kasino baulich zu attraktivieren. Für alle Mitglieder der OG Wien.

Euren Familien, Angehörigen und Freunden und vor allem Euch persönlich wünsche ich Gesundheit, einen hoffentlich besinnlichen Advent und ein gesegnetes Weihnachtsfest!

„Ohne Kameraden – keine Kameradschaft“. Unser Mitgliederstand ist von sehr großer Bedeutung – per 30. November 2020 lag er bei 1.214!



ÖBH-Reform „Unser Heer“

Die Streitkräfte sollen für neue Bedrohungen fit gemacht werden.

Von Bernhard Egger, Olt

Langsam nimmt die im Sommer 2020 von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner angekündigte grundlegende Reform der Streitkräfte Konturen an. Zum einen gibt es ein klares Bekenntnis zur Miliz und zur „Weiternutzung“ von fertig ausgebildeten Grundwehrdienern; ein Anliegen, das die OG seit Jahren fordert. Zum anderen wird daran gearbeitet, das Heer zukunftsfit auf neue Bedrohungen wie Blackout, Cyber-Angriffe, Migration, Terror und andere plötzlich auftretende Ereignisse wie auch die Covid-19-Pandemie angemessen vorzubereiten. Man hat das Gefühl, dass die Politik langsam erkennt – vielleicht auch unter dem Eindruck der Covid-19-Pandemie – dass es wichtig ist, mit dem Bundesheer eine strategische Reserve zu haben, die immer mehr zu Einsätzen auch im Inland herangezogen wird.

Sonderbudget für die Miliz

Für das Bundesheer gibt es basierend auf den kürzlich beschlossenen Budgetzahlen sowohl 2020 als auch 2021 deutlich mehr Geld, nämlich 9,9% bzw. 8,3%. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Miliz, die jahrelang vernachlässigt wurde und für die auch dank des Einsatzes des Milizbeauftragten GenMjr Hameseder über die nächsten drei Jahre ein Sonderbudget in Höhe von 200 Mio. Euro aufgewendet wird. Damit sollen unter anderem die Mannesausrüstung verbessert, Fahrzeuge beschafft und IKT-Gerät und modernisierte Sturmgewehre StG 77 angeschafft werden. Auch soll



das regelmäßige Üben der Miliz sichergestellt werden. Erfreulich sind auch die neuen Anreize an die Grundwehrdiener sich einerseits zur Miliz zu verpflichten und andererseits den Grundwehrdienst freiwillig um drei Monate (bis zu sechs Monate) zu verlängern. In diesen drei Monaten werden die Soldaten für Assistenzeinsätze im Inland herangezogen und bekommen dafür 3000 Euro netto pro Monat. Dieses Konzept geht sicherlich in die richtige Richtung, denn es wird erstmals die Nutzung der ausgebildeten Grundwehrdiener ermöglicht. Darüber hinaus wird ein Milizbonus ab dem dritten Monat in Höhe von 400 Euro zusätzlich zum Sold an Grundwehrdiener gezahlt, wenn sie sich zur Miliz melden (30 Übungstage in 10 Jahren). Schließlich wird die Milizkaderausbildung in den Grundwehrdienst integriert. Damit wird sichergestellt, dass wieder mehr

Milizunteroffiziere ausgebildet werden. Auch wenn die GWD-Verlängerer nicht automatisch auch für Milizübungstage verpflichtet werden, so werden sich diese wohl dennoch zu einem gewissen Teil für die Miliz verpflichten, denn sie gehen in den 3 Monaten zusammen mit Milizsoldaten in den Assistenzeinsatz. Basierend auf Erfahrungen der Covid-19-Teilnahme, wo auch ein Viertel der eingezogenen Soldaten befristete Soldaten waren, die sonst keine Milizübungen absolvieren, aber durch die im Assistenzeinsatz erfahrene Kameradschaft sich für Übungstage verpflichtet haben, kann durch die Neuerungen eine entscheidende Stärkung der Miliz gelingen.

Stärkung Cyber-Defence und ABC-Abwehr

Weitere Eckpunkte der Reform sind die Stärkung der Cyber Defence und der ABC-Abwehr. Unter Cyber Defence versteht man die Verteidigung im virtuellen Raum, die alle Maßnahmen zur Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und auch alle Maßnahmen zur Abwehr von souveränitätsgefährdenden Cyber-Angriffen auf die Republik umfasst. Darunter versteht man Angriffe auf die militärischen IKT-Systeme, auf kritische Infrastruktur (zB ein Hackerangriff auf die Stromversorgung, der zu einem Blackout führen kann) und auf verfassungsmäßige Einrichtungen. In Planung ist – zusammen mit dem Bundeskanzleramt und dem Innenministerium – ein Cybersicherheitszentrum und eine massive Personalaufstockung auf 250 Mann. Auch die ABC-Abwehr wird durch zusätzliche Laborkapazitäten und eine verbesserte technische Ausrüstung gestärkt. Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt wird die Wiederherstellung der Autarkie der Streitkräfte sein. Ein Konzept, das auch unter dem Stichwort Sicherheitsinseln bekannt ist. Weiters soll die Terrorabwehr gestärkt werden, sowohl im Hinblick auf die Ausstattung des Jagdkommandos als auch im Hinblick auf eine verbesserte Drohnenabwehr. Darüber hinaus wird mit der neuen Teiltauglichkeit endlich dem immer mehr um sich greifenden „Drückebergertum“ unter den Wehrpflichtigen entgegengetreten. Dies ist eine grundlegende Frage der Wehrgerechtigkeit, die endlich adressiert wird. Schließlich werden auch lange aufgeschobene Investitionen in die Kaserneninfrastruktur endlich nachgeholt.

Was die neue Struktur anbelangt, so ist vieles noch in Planung. Fest steht aber, dass die anstehende Pensionierungswelle (in den nächsten 10 Jahren sollen 8000 Personen in Pension gehen) dazu genutzt werden soll, die Führungsstruktur des Heeres schlanker aufzustellen.



Mehrstufige Reform

Die Reform läuft in mehreren Stufen und soll in einem Zeitraum von drei Jahren finalisiert und umgesetzt sein, wobei gewisse Bereiche wie der Aufbau einer effektiven Cyber Defence Fähigkeit auch länger dauern kann. Am Beginn stand die Analyse des Risikobildes bis 2030. Derzeit werden die Detailvorschläge vom Generalstab erarbeitet. Im ersten Quartal 2021 sollen handfeste Ergebnisse präsentiert werden. Zumindest ein weiteres Jahr wird es dauern, bis die neue Struktur eingenommen wird. Auch wenn die Redaktion von UNSER AUFTRAG bis dato eine durchaus kritische Linie zu vielen Neuerungen im Bereich des Bundesheeres eingenommen hat, so anerkennen wir, dass die bis jetzt publik gewordenen Projekte und Neuerungen sinnvoll sind und prinzipiell in eine richtige Richtung gehen. In einer perfekten Welt sind wir nach wie vor der Meinung, dass für das Bundesheer mindestens ein Budget von 1% des BIP und eine Gliederung in vier Land-Brigaden und zwei Luft-Brigaden inklusive ausreichender schwerer Waffen notwendig ist. Und wir sind auch weiterhin der Ansicht, dass die Unterdotierung der Verteidigungsbudgets kleinerer Länder in der EU, wobei Österreich hier besonders negativ auffällt, in Zeiten eines vereinten Europas schlicht sicherheitspolitische Trittbrettfahrerei gegenüber größeren Staaten wie Deutschland und Frankreich ist. Man muss sich aber angesichts der politischen Gegebenheiten auch „nach der Decke strecken“ und zumindest anerkennen, dass die Proponenten der Neuerungen, insbesondere die Generäle Striedinger und Hameseder, nur das Beste für das Bundesheer wollen und sich mit viel Elan, auch zusammen mit der Frau Bundesminister, für ein höheres Budget erfolgreich eingesetzt haben. Aus diesem Grund haben wir uns auch dazu entschlossen, in dieser Ausgabe ein ausführliches Interview mit dem Stabschef der Frau Bundesminister, Generalmajor Rudolf Striedinger, abzudrucken.

Wir müssen als Bundesheer noch schneller und effizienter werden

Anlässlich der erfreulichen Budgetsteigerungen für dieses und nächstes Jahr traf die Redaktion von UNSER AUFTRAG den Stabschef der Frau Bundesminister, Generalmajor Mag. Rudolf Striedinger zu einem Interview.

Striedinger, der auch Vizepräsident der ÖOG ist, und – bevor er Stabschef der Frau Bundesminister wurde – Leiter des Abwehramts und zuvor Militärkommandant von Niederösterreich war, gab interessante Einblicke in die wesentlichen Projekte und die Neuausrichtung des Bundesheeres.

Dieses und nächstes Jahr gibt es laut den Budgetzahlen deutlich mehr Geld für das Bundesheer. 9,9% dieses Jahr und 8,3% für nächstes Jahr. Gratulation zum Verhandlungserfolg. Wofür werden diese zusätzlichen Mittel aufgewendet?

Die Mittelverwendung erfolgt anhand eines klaren neuen Risikobilds, anhand dessen abgeleitet werden kann, wo die dringenden Aufgabenfelder liegen.

Wir haben abgesehen von den großen Blöcken Personalkosten und Betriebskosten eine schöne Investitionstangente. Die Schwerpunktsetzung erfolgt auf Basis des Regierungsprogramms: So wird die ABC-Abwehr, aber auch die Terrorabwehr deutlich gestärkt, insbesondere wird die Ausrüstung für die Miliz und das Jagdkommando verbessert, die Beschaffung im Bereich geschützte Fahrzeuge wird fortgesetzt. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Stärkung der Cyberverteidigungsfähigkeit. Und schließlich sind wir dabei die Autarkie des Bundesheeres wieder mehr in den Vordergrund zu rücken.

Ein Teil des Geldes wird auch für die kürzlich beschlossene Hubschraubernachbeschaffung der 18 Leonardo-Hubschrauber verwendet. Darüber hinaus werden auch 30 zusätzliche Pandur-Radpanzer angekauft. Und schließlich wird ein Schwerpunkt auf die Einsatzfähigkeit der Miliz und die Weiternutzung von ausgebildeten Grundwehrdienern gelegt. Das Ganze passiert in einer Wirtschafts- und Gesundheitskrise, in der das Bundesheer täglich beweist, dass es einsatzbereit ist. Das weiß auch die Politik. So ist es auch jetzt bei den geplanten Covid-19-Massentestungen. Auch wenn das kein Kernbereich der Aufgabe einer Armee ist, so ist es selbstverständlich, dass wir hier helfen. Aus dieser Großwetterlage heraus ist auch erklärbar, warum wir als Bundesheer in Zeiten von kri-

senbedingter Geldknappheit trotzdem deutlich mehr Budget erhalten.

Erwarten Sie sich durch das neue Modell 6+3 eine Wiederbelebung auch der Miliz? Es ist ja erstmals seit vielen Jahren wieder die „Weiternutzung“ von Grundwehrdienern geplant. Wie will man diese 3-Monatsdiener für die Miliz gewinnen?

Wir haben durch dieses neue Modell des freiwilligen Weiterdienens nach dem Grundwehrdienst (mit 3.000 Euro netto pro Monat im Assistenzeinsatz) erstmals wieder die Möglichkeit, fertig ausgebildete Grundwehrdiener auch wirklich zu nutzen. Auch wenn mit den drei Monaten Weiterverpflichtung kein Automatismus einer zusätzlichen Verpflichtung für Milizübungstage verbunden ist, so hat sich doch zum Beispiel bei der Covid-19-Teilmobilmachung im Mai 2020 gezeigt, dass sich sogen. befristet Beordnete (die sich oftmals gar nicht im Klaren waren, dass sie einen Bereitstellungsschein haben und einrücken müssen), aufgrund ihrer Einsatzerfahrungen zusammen mit der Miliz nach dem Einsatz freiwillig für weitere Milizübungstage gemeldet haben. Von einem solchen Effekt gehen wir aus, auch wenn das schwer prognostizierbar ist. Die Zielrichtung des neuen Konzeptes ist es, dass wir verantwortungsbewusst Soldaten im Grundwehrdienst 6 Monate ohne Unterbrechung ausbilden können. Dafür darf ich sie aber während des Grundwehrdienstes nicht in einen längeren Assistenzeinsatz schicken. Derzeit gibt es diese Unterbrechungen der Ausbildung. Folglich stellt sich im neuen System die Frage, wer den Assistenzeinsatz macht, wenn die Grundwehrdiener 6 Monate ausgebildet werden. Hier ist die Lösung: Das soll teilweise von der Miliz übernommen werden, zusammen mit den Grundwehrdienern, die ihren Dienst verlängert haben. Wir erzeugen mit diesem Modell mehr fertig ausgebildete Soldaten. Weiters werden mit den deutlichen finanziellen Anreizen junge Menschen angesprochen, die ein paar Monate „überbrücken“ müssen, weil zum Beispiel ihr Studium erst im Herbst beginnt. Wobei man sich



Das Redaktionsteam von UNSER AUFTRAG, Walter Tancsits und Bernhard Egger, beim Interview mit Generalmajor Striedinger in seinem Büro in der Rossauer Kaserne Bernardis-Schmid.

auch für weniger als drei Monate verpflichten kann. Auch wird es möglich sein, den Einsatz einmal um weitere drei Monate zu verlängern. Bei einer solchen Verlängerung sind wir noch am Überlegen, ob man dies dann nicht mit einer Verpflichtung für die Ableistung von Milizübungstagen verbinden sollte. Bedenken muss man auch, dass wir mit relativ hohen Weiterverpflichtungen von Grundwehrdienern rechnen und wir insofern dann auch auswählen können. Diejenigen, die sich zusätzlich zur Miliz melden, kann man dann vorziehen. Weiters führen wir den neuen Milizbonus ein: Alle Grundwehrdiener, die sich zur Miliz melden (30 Übungstage in 10 Jahren), erhalten ab dem dritten Monat 400 Euro im Monat zusätzlich zu ihrem Sold. Das Grundkonzept ist: Keine Grundwehrdiener mehr für (planbare) Inlandsein-

**Die Wahrscheinlichkeit eines Blackouts stellt eine sehr reale Gefahr dar, für die wir gewappnet sein müssen.
Daher muss das Bundesheer autarker werden.**

sätze zu verwenden. Natürlich werden Grundwehrdiener weiterhin für nicht-planbare Katastrophenschutzsätze herangezogen werden müssen. Aber für alle planbaren Assistenzsätze (Grenzsicherung, Covid-19-Einsätze etc.) sollen Grundwehrdiener nicht mehr verwendet werden, um deren solide Ausbildung sicher zu stellen. Eine weitere Entlastung wird sicherlich auch die ab nächsten Jahr geltende Teiltauglichkeit bringen, wobei Teiltaugliche wohl eher nicht in der Miliz dienen werden können, außer vielleicht bei der Cybertruppe. Eine weitere Neuerung: Die Milizkaderausbildung wird wieder in den Grundwehrdienst integriert. Davon versprechen wir uns mehr Milizunteroffiziere. Bei den Ausmusterungen an der HUAK stehen derzeit neben 600 Berufsunteroffiziere weniger als 200 Milizunteroffiziere.

Dieses Verhältnis entspricht nicht einem gesunden Milizsystem. All diese Maßnahmen sollen zu einer nachhaltigen Stärkung der Miliz in der Einsatzorganisation des Heeres führen.

Die Garde übte den Blackout im Kleinen, also einen Stromausfall in der MTK. Wird das Bundesheer wieder autarker? Stichwort Sicherheitsinseln.

Die Wahrscheinlichkeit eines Blackouts stellt eine sehr reale Gefahr dar, für die wir gewappnet sein müssen. Daher muss das Bundesheer autarker werden. Das betrifft unter anderem die Wasserversorgung, Energieversorgung und Verpflegung. Wir brauchen ein autarkes Bundesheer, gerade wenn es zu einem Blackout kommt. In einem nächsten Schritt ist dann geplant, dass man den Einsatzorganisationen die Möglichkeit gibt sich auf die militärische Infrastruktur abzustützen, zum Beispiel bei der Unterbringung und Versorgung. Zum Beispiel muss die Treibstoffversorgung für die Feuerwehr und die Rettung sichergestellt werden. Ein Schutz der Bevölkerung in diesen Sicherheitsinseln wird aber zahlenmäßig unrealistisch sein. Auch ist zu überlegen, ob man nicht durch Notstromaggregate die Führungsfähigkeit von Gebietskörperschaften unterstützen kann, wobei es hier Unterschiede gibt. Zum Beispiel verfügen die Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich schon jetzt über Notstromaggregate im Wege der Feuerwehren.

Gibt es angesichts der Covid-19-Pandemie Überlegungen Militärspitäler und Feldlazarette, insbesondere mit deutlichem Milizanteil, wieder aufzustellen?

Dazu ist zu sagen, dass der Zustand der Sanitätsversorgung im Bundesheer aus der Befolgung eines sehr kritischen Rechnungshofberichts herrührt, wo vor Jahren kritisiert wurde, dass hier Kapazitäten vorgehalten werden, die nicht permanent ausreichend genutzt werden. Daher gibt es keine Militärspitäler mehr, sondern nur Sanitätszentren, die als Ambulanzen eingerichtet sind. Wir sind aber aufgrund der Erfahrungen dabei im Rahmen der Gesamtorganisation des Heeres den Bereich San-Versorgung komplett zu überarbeiten und neu zu denken. Hier gibt es mehrere Stränge: Wie kommen wir zu ausreichend vielen Ärzten, gerade auch im Hinblick auf die ärztliche Versorgung im Auslandseinsatz. Dazu kommen Herausforderungen aufgrund der Festlegung eines höheren Bildungsniveaus des diplomierten Pflegeper-

sonals. Und natürlich braucht es auch eine vernünftig aufgebaute Kooperation mit dem zivilen Bereich. Das Militär-Sanitätswesen betreut vorwiegend junge Soldaten, denn Berufssoldaten und zivile Angestellte gehen zum Hausarzt bzw. nutzen die zivilen Spitäler.

Beim Militär braucht man viele junge, und (scheinbar) weniger alte Soldaten. Gibt es Überlegungen, mehr Zeitsoldaten und weniger lebenslange Anstellungen anzubieten, um der Überalterung entgegen zu wirken?

Überlegungen einer Zeitlaufbahn gibt es immer wieder und es gibt gute Argumente

dafür. Aber ein Argument spricht entscheidend dagegen und das ist der Aufbau im Berufspersonalstand: unter der Ebene von 40 Jahren gibt es genauso viele Arbeitsplätze wie über der Ebene 40 Jahre. Daher hinkt auch der Vergleich mit größeren Armeen wie der deutschen Bundeswehr oder den britischen Streitkräften. Man braucht gewisse Kommandostrukturen und Ausbildungsorganisationen, wo ältere Soldaten dienen. Je kleiner die Armee, desto relativ größer der Überbau. Salopp gesagt: ob man 5 Panzer oder 500 beschafft, ändert in der Struktur oben relativ wenig. Das Zeitmodell scheitert daran, dass die Leute, die 20 Jahre bei uns sind, nachher weiter gebraucht werden. Das liegt auch daran, dass die Verwaltung des Heeres in den letzten Jahren aus genannten Gründen nicht so weit reduziert werden konnte wie die Truppe. Dazu kommen starke Pensionsabgänge in den nächsten Jahren, die bei der Truppe einen extremen Sog in höhere Kommanden und zentrale Dienststelle erzeugen werden. Trotzdem gibt es Überlegungen zu einer Zeitlaufbahn und es gibt auch Aussagen im Regierungsprogramm dazu. Teilprojekte des Gesamtprojektes Heeresreform beschäftigen sich mit dieser Frage. Aber derzeit müssen wir schauen, dass jeder, der da ist, auch da bleibt, weil der Bedarf so hoch ist.

Im Juni wurde eine große Heeresreform angekündigt. Nun hört man dazu relativ wenig. Wie ist hier der Stand und wie die zeitliche Planung?

Im Juni sind einige Überlegungen publik geworden, die in erster Linie Überlegungen waren, mehr nicht. Manches davon wird gerade umgesetzt, wie zum Beispiel das 6+3 Modell. Die politischen Vorgaben sind nach wie vor unverändert. Die grundsätzliche Position der Frau Bundesminister ist unverändert. So wird keine Garnison geschlossen, aber mitunter wird

es zu Kasernenschließungen kommen wie zum Beispiel in Villach, wo drei Kasernen zu einer größeren und moderner ausgerüsteten zusammengeführt werden. Durch die mediale Diskussion im Sommer ist in der Weiterbearbeitung des Reformauftrages und der Planungsarbeit eine gewisse Dynamik entstanden. Die detaillierteren Planungsaufgaben wurden dem Generalstab übertragen. Die Arbeit wird aber durch einen Lenkungsausschuss, wo der Generalsekretär des Ressorts den Vorsitz führt, gesteuert. Das gesamte Projekt „Unser Heer“ ist eine Zusammenfassung und Koordinierung einer Vielzahl von Projekten, die sich mit einer Vielzahl von Fragen beschäftigen; auch personalrechtliche Fragen, Fragen zur Miliz, den Abläufen und Prozessen und Fragen der Führungs- und Verwaltungsstruktur. Wie soll eine neue Zentralstelle ausschauen? Wie sieht die optimale Führungsstruktur des Bundesheeres aus? Manches wird vielleicht zusammengeführt. Die Zielsetzung ist jedenfalls: Wir müssen schneller werden. Und es gibt Überlegungen in eine gewisse Regionalisierung zu gehen. Ein zentrales Projekt dieses gesamten Vorgangs ist: wie sollen sich die Streitkräfte fortentwickeln? Am Ende steht dann, wie soll das Bundesheer der Zukunft aussehen. Die Arbeiten an der Reform erfolgen hier in einem mehrstufigen Prozess. Am Beginn steht die Beurteilung, welchen Risiken ist die Republik ausgesetzt, auch bezüglich der militärischen Landesverteidigung. Wie wahrscheinlich sind gewisse Risiken und Bedrohungen. Dieser Beurteilungsschritt ist im Wesentlichen erledigt. Daraus ergeben sich dann verteidigungspolitische Ableitungen. Auch diese sind bereits fertig. In welche Richtung könnte sich das Bundesheer entwickeln. Mit welchen Szenarien haben wir mit welcher Wahrscheinlichkeit zu rechnen und welche Kräfte braucht man, um diese Szenarien bewältigen zu können (Umfang/Qualität/Einsatzbereitschaft). Und gibt es einen gewissen Gleichzeitigkeitsbedarf, d.h. können diese Szenarien auch gleichzeitig eintreten? Zum Beispiel Auslandseinsätze, Migration, Katastrophenschutz-Einsätze. Da muss man sich überlegen, wie viele militärische Kräfte braucht man in diesen Szenarien.

Wenn man das erstellt hat, dann hat man verschiedene Varianten, wie das Bundesheer ausschauen soll. Diese Überlegungen werden dann der politischen Führung

zur Entscheidung unterbreitet. Und dann geht es in die Umsetzungsphase, die ab dem 2. Quartal 2021 starten wird. Die Zentralstelle wird jedenfalls reorganisiert. Weiters braucht es einen Aufbau von echt wirksamen Cyberkräften; das ist ein langfristiger Prozess. Beispielsweise starten wir mit einem eigenen Studium an der MilAk für IT-Offiziere. Diese mustern erstmals 2025 aus. Bei der Reform wollen wir auch die hohe Fluktuation durch die anstehende Pensionierungswelle nutzen. Genau diese hohe Umsatzrate soll dafür verwendet werden, das jetzt anzugehen. Da tut man niemandem weh. Noch ein Wort zum neuen Schutz- und Hilfezonenmodell, das wir mit der Reform planen: Was ist damit gemeint? Wir müssen als Bundesheer noch mehr in die Mitte der österreichischen Gesellschaft rücken. Neben dem Schwerpunkt Miliz wollen wir auch einen unmittelbareren Kontakt des Bundesheeres regional zu den Behörden/Einsatzorganisationen/Betreibern kritischer Infrastruktur herstellen. Die Idee ist, dass alle politischen Bezirke einem Kommando (mindestens Bataillonsebene) zugeordnet werden. Das ergibt im Schnitt 3, höchstens 4 Bezirke, die einem Kommando zugeteilt sind und wo dieses Kommando den Auftrag hat, Verbindung

zu den Bezirken zu halten. Die Verbindung zu den Einsatzorganisationen in diesem Raum soll dadurch verbessert werden. Auch soll mehr Sensibilität hinsichtlich kritischer Infrastruktur in diesen Räumen geschaffen werden. Darunter verstehe ich vorbereitete Einsatzunterlagen, die wir für unterschiedliche Szenarien vorbereiten, zum Schutz kritischer

Infrastruktur. Diese Unterlagen kann man dann einer Einsatztruppe im Bedarfsfall übergeben. All diese Prozesse müssen eingespielt sein und dafür müssen noch bessere Planungen angestellt werden, als dies bisher der Fall ist. Dieses Schutz- und Hilfezonenkonzept ist sehr regional. Zonenkommandanten auf Landesebene sind logischerweise die Militärkommandanten. Es gibt ungefähr 30 solcher Zonen in Österreich, weil so viele führungsfähige Kommanden gibt es.

Jedenfalls müssen wir als Bundesheer noch schneller und effizienter werden, um das durch die Politik und die Bevölkerung in uns gesetzte Vertrauen zu festigen und damit die Einsatzfähigkeit für die realistischen Bedrohungen unserer Zeit auch weiterhin zu gewährleisten und auszubauen.

Der Kärntner Abwehrkampf

Zu Beginn der letzten Oktoberwoche des Jahres 1918 überschlugen sich die politischen und militärischen Ereignisse. Die seit Monaten hungernden Soldaten der k.u.k. Armee verteidigten noch einmal durch Tage hindurch erfolgreich die Front gegen eine Großoffensive der alliierten Truppen im Südwesten. Unterdessen formierten sich im Hinterland bereits die Nachfolgestaaten.

Von Gerhard Artl, ObstdhmfD

Zu Beginn der letzten Oktoberwoche des Jahres 1918 überschlugen sich die politischen und militärischen Ereignisse. Die seit Monaten hungernden Soldaten der k.u.k. Armee verteidigten noch einmal durch Tage hindurch erfolgreich die Front gegen eine Großoffensive der alliierten Truppen im Südwesten. Unterdessen formierten sich im Hinterland bereits die Nachfolgestaaten. Die Ungarn begannen „ihre“ Truppen abzuziehen. Das alte Reich zerfiel. Es blieb nur mehr die Unterzeichnung eines möglichst raschen Waffenstillstands, den die Italiener zur Vergrößerung ihres „Sieges“ noch tagelang hinauszögerten. Der als Restmasse übrig bleibende Verliererstaat Deutschösterreich war ein in jeder Hinsicht ausgeblutetes Land mit einer nahezu ringsum völlig ungeklärten Grenze. In Kärnten vertrat die Landesregierung von Anfang an den Standpunkt, die Grenzfrage friedlich zu lösen und in den strittigen Gebieten eine Volksabstimmung anzustreben. Zunächst befürchtete man Ausschreitungen durch die zurückflutenden Armeen. Zwar unterstand Kärnten immer noch formal dem Grazer Militärkommando, man entschied sich jedoch zur Ernennung eines Kommandanten der Ordnungstruppen. Das Klagenfurter Offizierskorps schlug dafür Obstlt. Ludwig Hülgerter vor, dessen Ernennung am 2. November 1918 erfolgte. Mit dem Zusammenbruch der Monarchie wurde Hülgerter von der provisorischen Landesregierung am 12. November als Oberkommandierender für das Land Kärnten mit dem Aufbau der Volkswehr beauftragt.

Gefahr aus Krain

Inzwischen hatte sich gezeigt, dass die Gefahr nicht von den Kriegsheimkehrern, sondern aus Krain drohte. Am 7. November hatte eine slowenische Kompanie das Miestal besetzt. Nach und nach wurden in der Südostecke des Landes Dorf um Dorf besetzt. Unterdessen wurde das Land Kärnten eine gesonderte eigenberechtigte Provinz des Staates Deutschösterreich. Am

18. November traf Hptm. Lavric in Ferlach ein und erklärte dort, im Auftrag der Laibacher Nationalregierung das ganze Gebiet südlich der Drau in Besitz zu nehmen. Der Landesausschuss protestierte zwar, musste jedoch seine sehr schwachen Truppen auf das nördliche Draaufer zurücknehmen. Am 28. November erklärte Lavric, nun bereits Major, nicht nur die Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt zu besetzen, sondern seine Truppen auch in die Linie Waisenberg-Völkermarkt-Karnburg-Feldkirchen-Hermagor vorzuschieben.



Die Kärntner Landesregierung drohte daraufhin erstmals mit Waffengewalt und verwies auf die Verhandlungen, die in den nächsten Tagen in Marburg stattfinden sollten. Die Verhandlungen scheiterten, weil General Majster im Gailtal bis Mauthen ausgreifen wollte. In der Zwischenzeit besetzte der slowenische Oberleutnant Malgay mit 300 Mann die Stadt Völkermarkt. Als einige Tage später Major Lavric erklärte, sein Hauptquartier von Ferlach nach Klagenfurt zu verlegen, war das Maß voll. Die Landesversammlung beschloss einstimmig, Ententetruppen gem. Waffenstillstand passieren zu lassen, jugoslawischen Truppen aber Widerstand zu leisten. Die Verbände der Volkswehr umfassten rund 3500 Soldaten, etwa 80 MGs, neun Geschütze, die mangels Bespannung meist nur als Stellungsgeschütze eingesetzt wurden und vierzehn Flugzeuge. An motorisierten Kräften standen zwei Panzerwagen und zwei Fliegerabwehrgeschütze auf Selbstfahrlafette zur Verfügung, die zumeist gemeinsam mit motorisierter Infanterie eingesetzt wurden und sich bei Aufklärungsunternehmungen und in einigen Gefechten sehr bewährten. In den Dezemberkämpfen gelang es, den Feind aus dem Lavant-, Gail- und Rosental zu vertreiben. Völkermarkt konnte nicht zurückerobert werden. Am 13. Jänner 1919 schlossen die Landesregierungen von Klagenfurt und Laibach einen Waffenstillstand. Nun boten die Mitglieder einer amerikanischen Studienkommission an, das strittige Gebiet zu

Abstimmungsgebiete in Kärnten.

Stimmrechtlich ist, ohne Unterschied des Geschlechtes, wer folgenden 3 Bedingungen entspricht:

- 1) vollendetes 20. Lebensjahr am 1. Jänner 1919
- 2) ständiger Wohnsitz am 1. Jänner 1919 in der Zone, in der die Volksabstimmung stattfindet
- 3) Geburt in der genannten Zone oder ständiger Wohnsitz seit wenigstens 1. Jänner 1912
oder ständiger Wohnsitz seit wenigstens 1. Jänner 1912
oder ständiger Wohnsitz seit wenigstens 1. Jänner 1912
oder ständiger Wohnsitz seit wenigstens 1. Jänner 1912



berichten, um unparteiisch die Lage festzustellen. Sie sollten sich letztlich gegen eine Teilung des Klagenfurter Beckens aussprechen. Hülgerth nutzte die gewonnene Zeit dafür, die Organisation der Alarmkompanien auszubauen, die Artillerie brachte es immerhin nunmehr auf 70 Geschütze. Den Werbungen für die Volkswehr waren allerdings kein besonderer Erfolg beschieden.

Jugoslawischer Überfall auf Kärntner Linien

Am 29. April 1919 begann der zweite Kampfabschnitt mit einem jugoslawischen Überfall auf die Kärntner Linien. Nach Überrumpelung der schlafenden Feldwachen stießen sie fast ungehindert bis etwa acht km vor Klagenfurt. Nun bewährten sich aber die rasch aufgebotenen Alarmkompanien. Im Laufe des 30. April wurden die Jugoslawen in ihre Ausgangsstellung zurückgedrängt. Nach kurzer Umgruppierung wurde Völkermarkt im ersten Anlauf eingenommen. Da die Jugoslawen vom Südufer der Drau aus mit ihrer Artillerie nicht nur nach Völkermarkt hineinschossen, wurde der Angriff am 4. Mai fortgesetzt, wobei sich besonders Olt. Hans Steinacher mit seiner Vorausabteilung sehr bewährte. Am 7. Mai standen die Kärntner überall an der Grenze ihrer Heimat. Spätestens jetzt hätte sich den Steirern die Gelegenheit geboten, mitzugehen. Doch in Graz zögerte man und so blieb die linke Flanke Kärntens ungedeckt.

Wien entsandte ganze zwei Volkswehrebataillone und beschwor gleichzeitig die Kärntner, nicht über die Landesgrenze vorzugehen. War die Wiener Politik wohl zumindest vorsichtig, so schickte man wenigstens Waffen und Munition: rund 40 Geschütze, 250 Maschinengewehre, etwa 5000 Gewehre, 24 Waggons Infanteriemunition und 21 Waggons Artilleriemunition. Am 10. Mai begannen neuerlich Verhandlungen, die ergebnislos bleiben sollten. Inzwischen versammelten die Jugoslawen drei Divisionen serbische Truppen im Drautal und im Raum Windischgraz-Seebergsattel.

Am 26. Mai 1919 begann die dritte und letzte Phase

des Kampfes. Gegen 18.00 Uhr musste das Gefecht im Raum Gutenstein abgebrochen werden. Gestützt auf die Eisenbahn musste hinter die Drau zurückgegangen werden. Der serbische Hauptstoß richtete sich nun gegen St. Paul, das am 2. Juni verloren ging. Am 4. Juni wurde ein Waffenstillstand geschlossen. Klagenfurt wurde von den Jugoslawen besetzt, musste aber auf Einschreiten der Ententemächte wieder geräumt werden. Die südliche Abstimmungszone A sollte erst knapp vor der Abstimmung geräumt werden.

59 Prozent stimmten für Österreich

Bei der Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 stimmten 59 Prozent für Österreich. Höchst bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass bei der Volkszählung von 1910 70 Prozent der Bewohner dieses Gebietes Slowenisch als Umgangssprache angegeben hatten. Kärnten blieb dennoch nicht ungeteilt. Das Kanaltal kam an Italien, das Mießtal mit Unterdrauburg ohne Abstimmung an Jugoslawien und auf Oberseeland südlich der Karawanken hatte man freiwillig verzichtet.

Die „moderne“ Geschichtsschreibung bemüht sich heutzutage zu beweisen, dass diese Abstimmung auch ohne Kampf stattgefunden hätte. Ähnliche Darstellungen existieren auch über den Widerstand der Südtiroler Freiheitskämpfer in den sechziger Jahren, die angeblich ihre Autonomie ohne Kampf früher (!) erreicht hätten. Dem darf der Verfasser das Beispiel der Steiermark 1918/19 entgegenhalten. Kein Widerstand bedeutete keine Volksabstimmung und den Verlust der Untersteiermark. Nur in der Umgebung von Radkersburg hatte es bewaffneten Widerstand gegeben. Dieser Umstand mag wohl für die Entscheidung der Friedenskonferenz entscheidend gewesen sein, dass vom umstrittenen Gebiet gerade diese Stadt bei Österreich verblieb.

Dr. Gerhard Artl, Historiker und langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter des Kriegsarchivs (Österreichisches Staatsarchiv) sowie ObstdrhmFD und seit vielen Jahren Mitglied der OG-Wien.



Neues von der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die gemeinsame EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird nach wie vor von Deutschland und Frankreich vorangetrieben.

Von Bernhard Egger, Olt

Nachdem Mitte 2019 die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfflugzeuges als Nachfolger des Eurofighter von Frankreich und Deutschland vereinbart wurde, schloss sich Spanien im Februar 2020 dem Projekt an. Anders als beim Eurofighter geht es nicht nur um einen Jet, sondern auch um Schwärme unbemannter Begleitflieger (Remote Carrier), Überwachungs- und Kommandoflugzeuge, Satelliten und Bodenstationen. Dieses Luftkampfsystem der Zukunft (Future Combat Air System – FCAS) soll ab 2040 zumindest in Deutschland den Eurofighter und in Frankreich die Rafale ersetzen. Parallel dazu wird ein moderner Kampfpanzer in Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich entwickelt. Diese Projekte können zur Entwicklung eines dringend nötigen europäischen Rüstungsmarktes beitragen und damit zu mehr Streamlining im Bereich der Beschaffung führen, wodurch Kostenreduktionen generiert werden könnten.

Schlagkräftige, europäische Rüstungsindustrie nötig

Derzeit ist der Markt für europäische Rüstungsgüter noch zu klein, um Rüstungsgüter rein für diesen Markt zu produzieren, weil viele europäische Armeen nach wie vor bei amerikanischen Anbietern einkaufen. Daher muss man langfristig die Rüstungsexportvorschriften in nichteuropäische Staaten lockern,

weil sonst Frankreich als weltweit fünftgrößter Rüstungsexporteur kaum ein Interesse an vermehrter französisch-deutscher Co-Produktion haben wird, weil diese Güter aufgrund der deutschen Bestandteile dann vergeblich auf eine Rüstungsexportbewilligung aus Berlin warten müssen. Ohne eine schlagkräftige, europäische Rüstungsindustrie wird es aber bei einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU langfristig nicht die gewünschten Fortschritte geben. Die an FCAS beteiligten Unternehmen haben bereits zum Ausdruck gebracht, dass dieses Projekt ohne ausreichende Exportmöglichkeit mitunter schwer zu finanzieren sein wird.

Im Februar 2020 hat der französische Präsident Macron auch einen weiteren Aspekt in die Zukunft der europäischen Verteidigungspolitik eingebracht. Er hat im Rahmen einer Grundsatzrede zur französischen Verteidigungspolitik angeboten, die französischen Nuklearwaffen in den Dienst der europäischen Sicherheit zu stellen. Mit 300 Nuklearsprengköpfen ist Frankreich die drittgrößte Nuklearmacht der Welt, allerdings mit großem Abstand zu den USA und Russland. Auch wenn Deutschland nicht direkt auf das Angebot Frankreichs eingegangen ist, wohl auch deshalb, weil Frankreich keine Mitsprache beim eventuellen Einsatz von Nuklearwaffen angeboten hat, so ist der Akzent, den Macron damit gesetzt hat, dennoch positiv. Frankreich

wird nach dem Ausscheiden von UK aus der EU das einzige Mitgliedsland mit Nuklearwaffen sein.

Lichtjahre von EU-Armee entfernt

Auch wenn die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch Frankreich und Deutschland vorangetrieben wird, so sind wir trotzdem Lichtjahre von einer hier zu Lande manchmal ventilerten (prinzipiell begrüßenswerten) Idee einer EU-Armee entfernt.

Deutschlands politische Eliten sind sicherheitspolitisch eindeutig atlantisch orientiert und wollen keine strategische Autonomie Europas von den USA. Diese Sichtweise wird sicherlich durch den Wahlsieg Joe Bidens bestärkt. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz im März 2020 sprach keiner der deutschen Minister von „strategischer Autonomie“ Europas, stattdessen aber vom „Europäischen Pfeiler der NATO“. Diese Ansicht wird von Frankreich und der Masse der EU-Mitgliedstaaten, insbesondere von denjenigen, die auch NATO-Mitglieder sind, geteilt.

Frankreich wiederum sucht neue Formen europäischer militärischer Zusammenarbeit außerhalb der EU durch Koalitionen interessierter Mitgliedstaaten, die intergouvernemental zusammenarbeiten sollen, im Rahmen der sogenannten „Europäischen Interventionsinitiative“. Einsatzbereich für eine solche Kooperation wären vor allem die von islamistischem Terror bedrohten Staaten Afrikas. Da für diese Initiative außer einem Sekretariat keine weiteren permanenten Strukturen vorgesehen sind, ist ihre operative Reaktionsfähigkeit in einem Krisenfall wohl begrenzt. Die französische Skepsis an der Effizienz der NATO ist nicht zuletzt aufgrund der Haltung Präsident Trumps und dem türkischen Alleingang ausgeprägt, Präsident Macron sprach bekanntlich vom „Hirntod“ der NATO. Hier könnte sich unter einer Biden-Administration aber wieder einiges entspannen.

PESCO – gemeinsame Rüstungsprojekte mehrerer Staaten

Seit dem (auch) aus sicherheitspolitischen Gründen bedauernswerten anstehenden Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU macht die EU einige Fortschritte bei der 2017 ins Leben gerufenen Permanenten Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), in deren Rahmen gemeinsame Rüstungsprojekte von mehreren Staaten vereinbart werden. Darüber hinaus gibt es als zweite Säule den Europäischen Verteidigungsfonds. Seit November 2020 ist es auch für Drittstaaten, die sich zu den europäischen Werten bekennen, möglich bei PESCO mitzumachen. Dies betrifft derzeit Norwegen, die Schweiz, Serbien und die Uk-

raine, die bereits jeweils ein Cooperation Agreement mit der EU abgeschlossen haben.

Ganz allgemein ist positiv, dass Deutschland immer mehr zum Vorreiter von gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen in Europa wird. So wird seit 2014 konsequent der Investitionsrückstau der Bundeswehr angegangen und hat die deutsche Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer schon mehrmals die Wichtigkeit das NATO-Ziel von 2% des BIP als Wehretat zu erreichen, betont, auch wenn höhere Verteidigungsausgaben beim Koalitionspartner SPD durchaus umstritten sind. Dieses Jahr wendet Deutschland 1,57% des BIP für Verteidigung auf. Interessant ist, dass Deutschland unter anderem an der Entwicklung eines hochmodernen Raketenabwehrsystems (TLVS) arbeitet, an der federführend deutsche Unternehmen beteiligt sind und das technisch besser sein soll als das US-System Patriot.

Beispielhaftes Aufrüstungsprogramm in Schweden

Aber nicht nur Deutschland als NATO-Mitgliedstaat investiert deutlich in die Verbesserung seiner Verteidigungsfähigkeit. Auch Schweden als traditionell neutrales Land und hinsichtlich seiner Größe und Wirtschaftskraft mit Österreich vergleichbar, hat kürzlich interessanterweise unter einer rot-grünen Regierung ein beispielhaftes Aufrüstungsprogramm bekannt gegeben. Der Rüstungsetat soll bis 2025 um 40% angehoben werden, um die konventionelle Landesverteidigungsfähigkeit zu steigern. Die Nähe zu Russland und die Annexion der Krim 2014 sowie die generell unsichere Weltlage haben hier zu einem Umdenken geführt, wobei Schweden auch schon bisher 1% des BIP für Landesverteidigung ausgegeben hat.

Zu erwähnen ist auch, dass auch das Vereinigte Königreich aufgrund der veränderten Weltsicherheitslage sein Verteidigungsbudget über die kommenden Jahre deutlich anheben wird. So wurde im November 2020 von der Regierung Johnson angekündigt, dass über die nächsten vier Jahre eine jährliche Budgetsteigerung von 10-15% vorgesehen ist, sodass das Budget dann wieder über 2% des BIP liegen wird. Derzeit wendet Großbritannien 1,75% seines BIP für Verteidigung auf. Die Budgetzuwächse sollen unter anderem der Stärkung der Cyber-Verteidigungsfähigkeit, der vermehrten Forschung und Nutzung von künstlicher Intelligenz sowie der Modernisierung der Royal Navy dienen. Das Investitionsprogramm wurde als das größte seit Ende des Kalten Krieges bezeichnet.



Die globale strategische Lageentwicklung

Schwerpunkt USA und Russland.

Von Thomas Brandtner

Die globale strategische Lageentwicklung im Herbst 2020 wurde hauptsächlich durch folgende fünf Faktoren bestimmt:

1. die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie,
2. die politische Neuausrichtung der USA nach der knappen Niederlage von Donald Trump gegen Joe Biden,
3. die Bemühungen der Europäischen Union zur Stärkung ihrer strategischen Autonomie,
4. die Verschärfung der Spannungen zwischen dem Westen und Russland,
5. die Spannungen mit China, regionale und lokale Konflikte in Asien, Afrika und Lateinamerika

Geopolitische Auswirkungen der Pandemie

Die COVID-19-Pandemie hat die Welt in stark unterschiedlicher Weise getroffen, was noch einige Jahre lang geopolitische Auswirkungen haben wird.

Unter den Großmächten hat China, wo die Seuche zuerst massiv ausgebrochen ist, eindeutig den geringsten Schaden davongetragen, dort wird 2020 sogar ein bescheidenes Wirtschaftswachstum erzielt. In den beiden folgenden Jahren wird die chinesische Wirtschaft kräftig wachsen. Wegen des zunehmend schwieriger werdenden internationalen Handelsklimas ist China in seinem 14. Fünfjahresplan (2021-25) bestrebt, die Weichen in Richtung auf stärkere Förderung der Inlandsnachfrage umzustellen, die strategische Autonomie bei sensiblen Produkten wie Mikroprozessoren zu stärken, aber gleichzeitig durch Förderung des Imports von Konsumgütern die Handelsbeziehungen mit dem Westen zu entspannen. Mit der Fortsetzung der dynamischen Verstärkung und Modernisierung der chinesischen Streitkräfte ist zu rechnen.

Ebenfalls relativ glimpflich ist Russland davongelassen, auch weil es zu den Spitzenreitern bei der Impfstoffentwicklung zählt. Sein Wachstum in den

	Wirtschaftswachstum real, Prozent BIP			Schuldenquote
	2020	2021	2022	2020
Europäische Union	-7,4	4,1	3,0	94%
Vereinigtes Königreich	-10,3	3,3	2,1	115%
USA	-4,6	3,7	2,5	98%
China	2,1	7,3	5,6	61,7%
Indien	-8,3	3,5	2,4	90%
Russland	-4,2	2,0	1,9	14%
Japan	-5,5	2,7	0,9	215%
Brasilien	-6,1	3,0	2,0	86%

Daten: Europäische Kommission; CEIC Data.

beiden folgenden Jahren dürfte jedoch durch die westlichen Sanktionen und die strukturellen Probleme seiner Wirtschaft gebremst werden.

Die USA werden 2020 ein deutliches Minus einfahren und sich in den nächsten zwei Jahren nur graduell erholen. Da die Rüstungsindustrie in den USA zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen zählt, ist trotzdem damit zu rechnen, dass die Verteidigungsausgaben auf hohem Niveau bleiben.

Die EU wurde von der Pandemie schwerer getroffen als alle genannten Länder, was uns zu denken geben und zur Stärkung der Strukturen der Europäischen Zusammenarbeit ermutigen sollte. Die Wirtschaften der EU-Mitgliedstaaten könnten sich aber rasch und kräftig erholen, wenn die beschlossenen Programme für den Wiederaufschwung zeitgerecht und planmäßig umgesetzt werden. Am schwersten in Mitleidenschaft gezogen wurden die südeuropäischen Mitgliedstaaten Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und Frankreich. Deutschland, das weniger schwer betroffen wurde, ist wegen seiner im Grundgesetz verankerten „Schuldenbremse“ in seiner Fähigkeit zur Erhöhung der Staatsausgaben beschränkt, egal ob es um den wirtschaftlichen Wiederaufschwung oder die Erhöhung der Verteidigungsausgaben geht. Das Vereinigte Königreich hatte unter der Pandemie noch schlimmer zu leiden als die EU, und die verschlechterte Wettbewerbsposition nach dem BREXIT dürfte den Wiederaufschwung verzögern. Das britische sicherheitspolitische Engagement für Kontinentaleuropa wird durch den BREXIT wahrscheinlich reduziert,

aber nicht einschneidend berührt, weil das enge Bündnis zu den USA und die Spannungen mit Russland für UK eine Erhaltung und Stärkung der gemeinsamen NATO-Verteidigung vordringlich machen.

Die amerikanischen Wahlen im November 2020

In den USA wurde der Demokrat Joe Biden zum nächsten Präsidenten gewählt. Die Biden-Administration, die über die Mehrheit im Repräsentantenhaus verfügt, aber über keine Mehrheit im Senat verfügen wird, muss ein politisch tief gespaltenes Land mit einer durch die COVID-Pandemie schwer in Mitleidenschaft gezogenen Wirtschaft regieren. Der Wahlsieg Joe Bidens wird im transatlantischen Verhältnis sicher eine Rückkehr zum zivilisierten Miteinander und damit eine deutliche klimatische Verbesserung bringen. Präsident Biden wird auch eine Rückkehr der USA in das Pariser Klimaschutzabkommen anstreben, muss aber dafür den republikanisch dominierten Senat überzeugen. Noch schwieriger wäre die Aushandlung eines großen transatlantischen Freihandelsabkommens mit der EU, da auf beiden Seiten sehr widersprüchliche und komplexe Interessenlagen bestehen. Weniger riskant und potenziell erfolgversprechend wäre es für Biden, zu einer Politik der Förderung eines regelbasierten, multilateralen Welthandelssystems im Rahmen der WTO zurückzukehren. Dies scheint auch geplant zu sein.

Joe Biden ist ein Veteran der amerikanischen Politik. In der Außenpolitik ist er ein liberaler Internationalist, der bereits im Wahlkampf die Notwendig-



President elect Joe Biden: Verhältnis zu Russland, das eher Donald Trump favorisiert hätte, dürfte sich schwierig und konfliktreich gestalten

keit unterstrichen hat, wieder zu einer Politik der aktiven globalen Führungsrolle der USA zurückzukehren und dabei auf Allianzen und multilaterale Institutionen zu setzen. In der Politik gegenüber den geopolitischen Rivalen der USA dürfte er zumindest nicht konzessionsbereiter sein als sein Vorgänger und dem Einsatz amerikanischer Streitkräfte weniger zurückhaltend gegenüberstehen. Sein Verhältnis zu Russland, das eher Donald Trump favorisiert hätte, dürfte sich schwierig und konfliktreich gestalten.

Es darf nicht vergessen werden, dass Militäreinsätze in Übersee, sofern sie erfolgreich verlaufen, schon immer ein Mittel der Politik waren, um politische Konflikte im Inneren zu beruhigen und ein Volk unter einer patriotischen Parole zu einen. Das macht das Konfliktverhalten der USA in den nächsten Jahren weniger vorhersehbar. Der britische Historiker Niall Ferguson hat darauf hingewiesen, dass historisch gesehen Kriege in Übersee immer von demokratischen Präsidenten begonnen

wurden. Auch andere Beobachter haben sich besorgt geäußert, vor allem hinsichtlich eines möglichen Krieges mit China.

Ob eine Biden-Administration Möglichkeiten zum Abschluss neuer oder der Wiederbelebung früherer Rüstungskontrollabkommen – INF, New START, Open Skies – finden wird, bleibt abzuwarten. Eine objektive Schwierigkeit liegt im zunehmenden Militärpotenzial Chinas, das die Konzentration auf bilaterale Rüstungskontrollabkommen zwischen den USA und Russland nicht mehr so ohne weiteres als zielführend erscheinen lässt.

Es ist gegenwärtig völlig offen, wie Biden gegenüber dem Iran vorzugehen gedenkt.

In Europa wurde der Wahlsieg Joe Bidens zumeist mit großer Freude und Erleichterung aufgenommen, gleichzeitig ist jedoch klar, dass sich die Hoffnung auf eine qualitative Neubelebung im transatlantischen Verhältnis erst in der harten Wirklichkeit bewähren muss.

Russland – bedrohlich und bedroht

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben sich deutlich verschlechtert. Dazu haben eine Reihe bizarrer Vorfälle beigetragen: der Hackerangriff auf den deutschen Bundestag im Mai 2015, für die durch die deutschen Behörden die Spezialeinheit APT 28 alias „Fancy Bear“ des russischen Militärgeheimdienstes GRU verantwortlich gemacht wird. Die Vergiftung des wegen Landesverrates inhaftierten und im Zuge eines Agentenaustausches in den Westen ausgewanderten ehemaligen russischen Geheimdienstoffiziers Sergey Skripal und seiner Tochter Iulia im März 2018 in Salisbury, bei dem nach Angaben der britischen Behörden ein chemischer Kampfstoff aus der „Novitchock“-Gruppe verwendet wurde. Der jüngste Vorfall war die Vergiftung des russischen außerparlamentarischen Oppositionellen Alexei Navalny im sibirischen Tomsk am 20. August 2020, bei der angeblich ebenso wie im Fall Skripal ein Kampfstoff aus der „Novitchock“-Gruppe verwendet wurde.

Diese Ereignisse ergeben ein besorgniserregendes Muster hochgradig aggressiver und verantwortungsloser Aktionen russischer Geheimdienste, die nicht ohne Zustimmung der obersten politischen Führung Russlands verübt werden könnten. Allerdings unter der Voraussetzung, dass sie tatsächlich auf das Konto

staatlicher russischer Akteure gehen. Russland streitet die Verantwortung für alle genannten Vorfälle nämlich vehement ab und verweist auf zahlreiche Ungereimtheiten in der Darstellung, die von einer Verantwortung Russlands für die genannten Ereignisse ausgeht.

Es sind aber nicht nur Geheimdiensteskapaden, die gegenwärtig die Spannungen zwischen Russland und Europa erhöhen. Russland hat sein Nuklearpotential in deutlicher Weise modernisiert.

In der Arktis hat sich die Rivalität der Großmächte um Rohstoffe und Fischereirechte in den letzten Jahren deutlich verschärft: 2014 haben die USA und die Westeuropäer Russland aus dem Arctic Security Forces Roundtable ausgeschlossen, der eines der wichtigsten Foren zur kooperativen Sicherheitspolitik in der Arktis ist. Rußland modernisiert seine Nordflotte mit den strategischen Stützpunkten auf der Kola-Halbinsel, hat 475 neue militärische Stützpunkte geschaffen – darunter einige nördlich des Polarkreises – und moderne Seeziel- und Luftabwehrraketen in Stellung gebracht.

Russland selbst fühlt sich durch die Westeuropäer und die USA an mehreren Fronten herausgefordert. Die Kündigung des ABM-Vertrages durch die USA und Stationierung amerikanischer Raketen-Abwehrraketen (ABM) in Polen, der Tschechischen Republik und Rumänien sowie in der Ostsee und im Schwarzen Meer wurde von Russland als direkte Bedrohung der eigenen nuklearen Zweitschlagfähigkeit aufgefasst und hat das massive Modernisierungsprogramm der strategischen Nuklearstreitkräfte ausgelöst.

In der Ukraine wurden die nach der Annexion der Krim 2014 durch die USA und die EU verhängten Sanktionen regelmäßig weiter verlängert und aus verschiedenen Anlässen weiter verschärft, was beträchtlichen wirtschaftlichen Schaden in Russland angerichtet hat. Aus russischer Sicht ist der Westen für den gewaltsamen Regimewechsel in der Ukraine zumindest mitverantwortlich, der radikale Nationalisten an die Macht gebracht und die Annexion der Krim sowie die Unterstützung der Rebellen im Donbass erforderlich gemacht habe.

Russland fühlt sich zunehmend vom westeuropäischen Erdöl- und Erdgasmarkt abgeschnitten: nachdem der Bau der „South Stream“-Pipeline durch das



Vladimir Putin: Russland fühlt sich durch die Westeuropäer und die USA an mehreren Fronten herausgefordert

Schwarze Meer durch westlichen Druck unterbunden wurde, verstärkt sich auch der Druck aus Polen und den baltischen Republiken auf Deutschland, das Pipelineprojekt „North Stream“ aufzugeben und stattdessen wesentlich teureres verflüssigtes Erdgas (LNG) aus den USA zu kaufen.

In Syrien sind die westlichen Sanktionen gegen das mit Rußland verbündete Assad-Regime weiterhin aufrecht und behindern erheblich den Wiederaufbau des Landes.

Präsident Putin hat nicht mehr die stratosphärischen Beliebtheitswerte wie in der Vergangenheit. Als Folge der Wirtschaftssanktionen und der COVID-19-Pandemie hat sich die Stimmung in der russischen Bevölkerung verdüstert. Dazu kommt ein Lokalproblem in der fernöstlichen Provinz Khabarovsk, deren populärer Gouverneur Sergei Furgal im Juli 2020 unter dem Verdacht des mehrfachen Auftragsmordes festgenommen worden war, was heftige Proteste der lokalen Bevölkerung ausgelöst hat.

In Belarus halten nach der Präsidentenwahl vom 10. August 2020 gewaltlose Massenproteste gegen das Wahlergebnis an. Die EU hat sich hinter die Opposition gestellt, das Wahlergebnis nicht anerkannt und Lukaschenko mit Sanktionen belegt. Daraufhin hat sich Russland hinter Lukaschenko gestellt, was seinen Einfluss auf Belarus zunächst stärken dürfte. Freilich wird hier mit hohem Risiko gespielt, da bei einer Ablösung des unbeliebten Lukaschenko durch die demokratische Opposition auch die Beziehungen zwischen Belarus und Russland in Frage stehen könnten.

In Nagorno Karabakh tobten zwischen 27. September und 10. Oktober 2020 schwere Kämpfe zwischen den von der Türkei unterstützten Streitkräften von Aserbeidschan und den armenischen Verteidigern der „Republik Artsakh“, einem mehrheitlich von Armeniern bewohnten Bezirk, der völkerrechtlich zu Aserbeidjan gehört, aber sich in einem blutigen Konflikt von Baku getrennt hat und nach einem Waffenstillstand 1994 de facto unabhängig ist. Dabei hatten die Armenier auch beträchtliche Gebiete annektiert, die von Azeris bewohnt waren, und die dortige Bevölkerung vertrieben. Hier hat sich Russland betont zurückgehalten und ist dem seit Mai 2018 von dem prowestlichen Premierminister Nikol Pashinyan regierten Armenien nicht im Kampf gegen die von der Türkei effektiv unterstützten Streitkräfte Aserbeidjans beigestanden, hat aber in buchstäblich letzter Minute eine Katastrophe für die Armenier verhindert und gemeinsam mit der Türkei einen Waffenstillstand durchgesetzt. Das Ergebnis des Waffenganges gilt als diplomatischer Erfolg Russlands, allerdings auch der Türkei.

In Libyen führte die Offensive des von Russland, Ägypten und auch von Frankreich unterstützten Marschalls Khalifa Haftar zu einem erfolgreichen Gegenschlag der von der UNO anerkannten und von der Türkei unterstützten Regierung von Premierminister Fayed al-Sarraj in Tripolis, der die Haftar-Truppen bis Tobruk zurückwarf. Unter Vermittlung der UNO einigten sich die Bürgerkriegsparteien am 23. Oktober auf einen Waffenstillstand, der den Abzug aller ausländischen Kämpfer und Söldner und die Integration der verfeindeten Bürgerkriegskräfte in eine gemeinsame libysche Armee vorsieht. Ob diese Abmachungen Realität werden, bleibt abzuwarten. Die Türkei hat 4.000 syrische Söldner in Libyen stationiert, einige hundert Mann russische Söldner der Wagner-Gruppe, darunter

qualifizierte Jagdflieger mit MiG-29, haben Haftar unterstützt.

Konfrontiert mit diesen vielfältigen Konflikten hat Präsident Vladimir Putin in jüngster Zeit versucht, eine gewisse Deeskalation in Gang zu bringen. In seiner Rede vor dem Valdai-Klub am 22. Oktober 2020 machte er beispielsweise das Angebot einer Verlängerung der Begrenzung bei den strategischen Nuklearwaffen um ein Jahr und stellte in Bezug auf die Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels eine kooperative Haltung Russlands in Aussicht. Ob dies zu einer Entspannung in den Beziehungen führt, kann derzeit nicht abgeschätzt werden.

Eine beunruhigende Bilanz

Nach Jahren zunehmender Verschärfung der internationalen Spannungen und Konflikte und der zusätzlichen Belastung durch die COVID-19-Pandemie gibt es in allerjüngster Zeit zwar wieder einige positive Signale, die zu einer Entspannung und Deeskalation führen könnten. Gesichert ist dies aber keineswegs. Die Vielfalt der Konfliktherde multipliziert die Gefahr von Fehlreaktionen, während der Umfang der Verschiebungen im internationalen Kräfteverhältnis die Gefahr eines Großkrieges in naher Zukunft weiterhin realistisch erscheinen lässt. Eine „strategische Vorwarnzeit“ von mehreren Jahren vor dem Auftreten einer realen Kriegsgefahr, wie sie manchmal behauptet wird, muss deshalb als vollkommen unrealistische Wunschvorstellung gelten und aus unserem strategischen Denken verbannt werden. Wie die Erfahrungen früherer sicherheitspolitischer Krisen zeigen, beträgt die reale Vorwarnzeit - das heißt, die Zeit zwischen der Erkenntnis, dass ein bisher nur latenter oder auf niedriger Intensitätsstufe verlaufender Konflikt akut zu werden beginnt und zu eskalieren droht, Tage, höchstens Wochen. Österreichs Sicherheitspolitik muss daher auch unter den besonders schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen nach der COVID-Pandemie die notwendigen Mittel für eine effiziente Umfassende Landesverteidigung aufbringen, die den Frieden, die Unversehrtheit und die Versorgungssicherheit unseres Landes gewährleistet. Gleichzeitig sind eine konstruktive Nachbarschaftspolitik, positive und loyale Mitarbeit in der EU und eine aktive Friedenspolitik in der Welt unbedingt erforderlich. Österreich muss wieder verstärkt und weltweit als verlässlicher und konstruktiver Akteur wahrgenommen werden. Denn sicher ist, wer Freunde hat.

Wussten Sie, dass ...

Zusammengestellt von Peter C. Birkmayer, Obst aD



... im türkischen Teil Zyperns die **Türkei** erhebliche Militärkräfte zusammenzog, um dort ein Manöver abzuhalten. Dabei warnte der türkische Präsident Erdogan Griechenland vor „schmerzhaften Erfahrungen“, falls ein Konflikt eskalieren sollte. Denn die Türkei stellt durchaus Gebietsansprüche auf Teile der Ägäis und des Mittelmeeres, unter denen wertvolle Öl- und Gasvorkommen vermutet werden. Erdogan droht der EU nach wie vor mit einer Kündigung des auf wackeligen Füßen stehenden Flüchtlingsabkommens, wobei ihm der teilweise Rückzug der USA und der NATO in dieser Region durchaus gelegen kommt.

... das **NATO-Mitglied Türkei** entschieden hat russische Boden-Lufttraketen zu erwerben. Die US -Führung setzte daraufhin den Ankara bereits zugesagten Verkauf moderner F35-Kampffjets bis auf weiteres aus. Nun blockiert die Türkei die Umsetzung bereits zugesagter neuer NATO-Verteidigungspläne, die vor allem in den baltischen Ländern notwendig erscheinen.



... die Verteidigungsminister der NATO-Staaten offiziell ankündigten, ein sogenanntes „**Space Center**“ zur Weltraumüberwachung aufzubauen, das an das Luftwaffenoberkommando der NATO in Ramstein, Rheinland-Pfalz, angegliedert werden soll. Geht es derzeit nur um reine Überwachungstätigkeiten, bleibt ein späterer Ausbau zu einem Weltraum-Abwehrzentrum nicht ausgeschlossen. Die weitere Entwicklung wird nicht zuletzt von den Empfehlungen eines noch zu installierenden „Think Tank“ für die NATO-Weltraumaktivitäten abhängen. Dieser könnte entweder im deutschen Kalkar angesiedelt sein, wo die NATO bereits eine ähnliche Einrichtung für die Luftwaffe unterhält, oder im französischen Toulouse, wo derzeit das französische nationale Raumfahrtkommando aufgebaut wird. Mit diesen Maßnahmen hat die Umsetzung eines



NATO- Grundsatzbeschlusses aus dem vergangenen Jahr begonnen, mit dem das Weltall zu einem eigenständigen Einsatzgebiet der NATO erklärt wurde. Dabei geht es nicht nur um die Aufklärung und Abwehr von Angriffen auf terrestrische Ziele, sondern auch um den Schutz diverser Satelliten, nicht nur für militärische, sondern auch für wichtige zivile Zwecke.

... der pensionierte US-General **Keith B. Alexander**, der von 2005 bis 2014 den US-Dienst National Security Agency (NSA) leitete, nun in den Aufsichtsrat von Amazon (Board of Directors) berufen wurde. Damit verbinden sich nach den Worten kritischer Beobachter und Datenschützer zwei Daten-Riesen auf Leitungsebene. Wie es der Whistleblower Edward Snowden kritisierte, hat die NSA ein weltweites Datensammelsystem aufgebaut, welches den „gläsernen Menschen“ bereits Realität werden ließ. Amazon wird vorgeworfen privatwirtschaftlich und ebenso rechtlich fraglich, Informationen über möglichst viele Bürger zu sammeln, zu verwerten und zu verkaufen. Das Unternehmen steht damit im Wettstreit mit anderen großen Daten-Riesen wie z.B Google.



... Deutschland in hohem Maße von **russischem Gas** abhängig ist und dadurch sehr an der Fertigstellung der North Stream 2-Anlage interessiert ist. Russische Unternehmen sind bereits an Teilen des deutschen Kraftstoffmarktes über Raffinerien beteiligt und kontrollieren diese. Federführend dabei ist jenes russische Energieunternehmen namens **Rosneft**, dessen Aufsichtsrat der deutsche Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder vorsteht. Nun zeigt Rosneft Bestrebungen auch in den Markt mit Flugbenzin (Kerosin) und der Betankung großer Maschinen auf den Flughäfen einzusteigen. Über seine diversen Beteiligungen kontrolliert Rosneft bereits 10 % des deutschen Kraftstoffmarktes.



Neues aus dem MilKdo Wien

Nationalfeiertag

Zum 25. Mal fand heuer am Nationalfeiertag am 26. Oktober die traditionelle Informations- und Leistungsschau des Österreichischen Bundesheeres statt: Diesmal jedoch nicht wie gewohnt unter Einladung einer breiten Öffentlichkeit am Heldenplatz, sondern als sogenanntes „Hybrid-Event“ mit Live-Berichterstattung des ORF und privater TV-Sender.

Das Österreichische Bundesheer präsentierte sich dabei unter dem Generalmotto „Wir schützen Österreich!“ mit einem speziell gestalteten virtuellen Heldenplatz, der allen interessierten Österreicherinnen und Österreichern einen Besuch via PC, Smart-Phone oder Tablet ermöglichte. Der bekannte österreichische Filmregisseur und Oscar-Preisträger Stefan Ruzowitzky gestaltete dafür Kurzfilme über die Kernthemen der Leistungsschau sowie filmische Porträts von Soldatinnen und Soldaten, die dann auch in der Live-Bericht-



Schaut Heer – großes Fernsehesevent am 26. Oktober



Angelobung



Soldaten des Jagdkommandos sprangen mit Fahnen über Wien ab

erstattung sowie am virtuellen Heldenplatz zu sehen waren und weiterhin sind.

Darüber hinaus gab es die traditionellen Kranzniederlegungen am Äußeren Burgtor durch Bundespräsident und Bundesregierung. Ein Überflug von Eurofighters und Saab 105 leitete die Angelobung ein. Um dem Corona-Virus keine Chance zu geben, leisteten anstelle der geplanten 300 Rekruten nur zwölf Männer und Frauen ihr Treuegelöbnis vor dem Bundespräsidenten. Abgeschlossen wurde das Programm mit einem Fahnenabsprung von fünf Soldaten des Jagdkommandos.

Terroranschlag vom 2. November

Darüber hinaus ist das Militärkommando auch durch den Terroranschlag vom 2. November intensiv gefordert. So wurde von der Militärpolizei und weiteren Verbänden des Bundesheeres der Objektschutz an den Botschaften übernommen, um die Polizei zu entlasten.



Objektschutz an den Botschaften

Die Mitgliederdatenbank der OG Wien

Als der neue Vorstand im Mai 2017 nach der Wahl seine Arbeit aufnahm, definierte er für sich drei strategische Ziele für die Vorstandsperiode – eines davon ist: die OG ist ein starker Verein. Grundlage eines starken Vereins ist zweifelsfrei der Zusammenhalt seiner Mitglieder und die interne Kommunikation zu den Kameraden.

Von Albert Stöger, Mjr

Aktuelle und korrekte Kontaktdaten aller Mitglieder sind somit die Basis und Voraussetzung einer funktionierenden und friktionslosen Kommunikation.

Die OG Wien erfasst und verwaltet seit 1998 die Daten ihrer Mitglieder elektronisch. In der Präsidentschaft von ObstdIntD aD Dkfm. Peter Birkmayer wurde damals von unserem ehemaligen Mitglied ObstdhmfD Mag. Andreas Scherer eine Microsoft Access Datenbank aufgesetzt und im Juni 2002 erweitert.

Später wurde diese durch unser Mitglied Hptm DI Mag. Johannes Schuh weiter betreut. Seit 2015 liegt die Wartung der Datenbank beim Leiter des FGG6, Mjr Paul Varga. Dateneingaben wurden immer schon durch das Generalsekretariat vorgenommen.

Anfang 2020 hat der Vorstand beschlossen, die Datenbank neu aufzusetzen, um den gestiegenen Bedürfnissen und Ansprüchen eines hochwertigen Mitglieder-Managements und zielgerichteter Mitgliederkommunikation gerecht zu werden. Im Sommer 2020 wurde daher mit Unterstützung unseres

Mitglieds Wm (MOA) Bernhard Schwicker die Datenbank neu konzipiert und programmiert. Es wurde auf die alte Struktur der Datenbank aufgebaut und diese dabei aktualisiert, aufgeräumt, an-



gepasst, verbessert und erweitert. Notwendige und funktionierende Funktionen wurden belassen und verbessert, veraltete, nicht mehr benötigte und nicht funktionierende Funktionen wurden entfernt.

Datenqualität weiter steigern

Das Generalsekretariat ist stets bemüht die Datensätze aller Mitglieder aktuell zu halten und so keine Karteileichen entstehen zu lassen. Dies ist jedoch nur mit der Unterstützung aller Mitglieder möglich! Wir möchten daher an dieser Stelle alle Mitglieder bitten, das Generalsekretariat dabei zu unterstützen und allfällige Änderungen (Kontaktdaten, Dienstgrad, etc) zeitnahe bekannt zu geben – postalisch oder per E-Mail unter sekretariat@ogwien.at. Nur so kann die Datenqualität in der Datenbank gesteigert und die Kommunikation zu allen Mitgliedern sichergestellt werden.

- * bei nur 82% aller Mitglieder ist eine E-Mail Adresse eingetragen
- * bei zumindest 90% aller Mitglieder ist eine Telefonnummer eingetragen
- * bei 21 Mitgliedern fehlt leider das Geburtsdatum



Tipps

Erich Cibulka **Das Vermächtnis der Termiten**

Der Präsident der Offiziersgesellschaft Österreich und Unternehmensberater, Brigadier Mag. Erich Cibulka, hat einen mehr als lesenswerten Roman verfasst, der 2020 erschienen ist. Sechs Personen, das Top-Management eines Software-Unternehmens, treffen sich zu einer Strategie-Klausur im Schlosshotel Krumbach. Eine einsame Entscheidung des Mehrheitseigentümers und CEO verändert aller Leben schlagartig. Ein Erlebnis, sechs verschiedene Reaktionen: das ist der Ausgangspunkt eines Entwicklungsromans, der nicht nur geografisch den halben Globus umspannt – Schauplätze sind neben Krumbach auch Tamsweg, Graz, Wien, Berlin, Rom, Costa Rica, Panama, das Rote Meer –, sondern auch die Geschichte der Menschheit. Dabei berührt er die großen Rätsel des Menschseins: Treue und Verrat, Sex und Macht, Materialismus und Spiritualität, Zufall und Notwendigkeit, Reinkarnation und Karma, Tod und Auferstehung. Über allem steht die zentrale Frage nach dem Sinn des Lebens. Die Antwort darauf gibt jeder Mensch mit seiner Biografie selbst. B.E.



myMorawa-Verlag, 212 Seiten
ISBN: 9783990939291, EUR 19,90

Marc Lenzin/Stefan Bühler/Fred Heer/Peter Forster **Die großen Panzerschlachten: Von der Schlacht von Cambrai 1917 bis zum Sturm auf Kuwait 1991**

Feuerkraft und Beweglichkeit sind die wichtigsten Faktoren im Krieg. Seit ihrer Erfindung galten die »Tanks« als Königsweg zu diesem Ziel. Die Autoren beschreiben in diesem Band, der in Kooperation mit der Zeitschrift »Schweizer Soldat« entstand, die großen Panzerschlachten, in denen die Kontrahenten versuchten, die Theorie in die Praxis umzusetzen; angefangen von den ersten Einsätzen im Ersten Weltkrieg über die

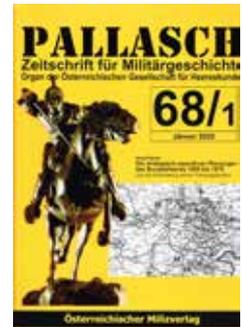


Hochphase der Panzerwaffe im Zweiten Weltkrieg bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten nach 1945. Zusätzlich werden die Panzertypen, die in diesen Schlachten dominierten, portraitiert. B.E.

184 Seiten, ca. 230 Abbildungen
ISBN 978-3-613-04274-2, EUR 29,90 €

Horst Pleiner **Die strategisch-operativen Planungen des Bundesheeres 1955 bis 1979 und die Entwicklung seiner Führungsstruktur**

Der Autor, als Generaltruppeninspektor von 2000 bis 2002 höchster Offizier des Bundesheeres, beschreibt in seinem im Österreichischen Milizverlag 2019 erschienenen Buch einen ganz wesentlichen Abschnitt der Geschichte des Bundesheeres. 1955, als Österreich durch den Staatsvertrag seine Souveränität wieder zurückerlangte, garantierte die von den Besatzungsmächten (vor allem von den US-Amerikanern) zurückgelassene Ausrüstung und Bewaffnung einen einigermaßen zeitgemäßen Ausrüstungsstand des Bundesheeres. Das konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die österreichische Politik bis Ende der 1960er Jahre sich nicht einig war über grundlegende strategische Fragen und den Auftrag an das Bundesheer. Es gab eine zunehmende Kluft in der Einsatzplanung des Bundesheeres zu den verfügbaren Mitteln und dem zu erfüllenden Auftrag, der in eine Sinnkrise der militärischen Landesverteidigung führte. Dieser Widerspruch konnte dann erst unter Kanzler Bruno Kreisky teilweise aufgelöst werden, als General Spannocchi das Raumverteidigungskonzept implementierte, das auf die Erzielung einer Abhaltewirkung durch Herbeiführung eines negativen Kraft-Raum-Zeitkalküls für einen möglichen Aggressor setzte. Mit der Raumverteidigung verfügte Österreich über eine halbwegs glaubwürdige Verteidigungsdoktrin, wenngleich auch hier eine Unterdotierung des Wehretats gegeben war. B.E.



Österreichischer Milizverlag, 558 Seiten,
ISBN 978-3-902721-68-6, EUR 59,00

Hugo Portisch

Russland und wir. Eine Beziehung mit Geschichte und Zukunft.

Der Doyen des österreichischen Journalismus Hugo Portisch setzt sich in seinem neuen Buch mit der Rolle Russlands in der Welt und in Europa tiefeschürfend auseinander. „In“ und nicht etwa „mit Europa“ ist hier ganz bewusst formuliert. Denn – und das ist eine der Hauptaussagen des Buches – Russland war und ist Teil Europas. Die Zukunft Europas wird auch in einem hohen Maße von der Akzeptanz und Einbindung Russlands in das europäische Geschehen abhängen. Portisch belegt dies mit vielen historischen Fakten, von der Entstehung Russlands, von seiner Entwicklung zur europäischen Großmacht sowie seiner Erschließung Sibiriens. Sibirien, so Hugo Portisch, macht Russland nicht nur zum größten Flächenstaat, sondern lässt Europa de facto an China grenzen und bis zu den Ufern des pazifischen Ozeans reichen.

Man sollte aber nicht glauben, Portisch verteidigt alle Maßnahmen der jetzigen russischen Führung. Im Gegenteil, er steht der Entwicklung von Menschenrechten und Demokratie unter Putin durchaus kritisch gegenüber. Er meint jedoch, dass die Ausgrenzung Russlands keine Antwort im Sinne Europas sein kann. Eine viel stärkere Einbindung Russlands in die europäische Entwicklung wäre für alle Seiten die bessere Lösung.

Alle im Buch dargelegten Ansichten Hugo Portischs werden mit spannenden und interessanten Erlebnissen des Autors bei zahlreichen Reisen und Besuchen in der ehemaligen Sowjetunion wie auch im heutigen Russland untermalt. Man merkt beim Lesen, Portisch weiß, wovon er schreibt! W.T.

Ecwin, 144 Seiten,

ISBN 978-3-7110-0274-7, EUR 20,00

Peter D. Forgács

Der ausgelieferte Beamte. Über das Wesen der staatlichen Verwaltung.

Der Autor lebt und arbeitet als freiberuflicher Soziologe in Wien. Er befasst sich in diesem Buch mit der Beamtenschaft, ihrem Werden und Tun, den

Hugo Portisch

RUSS
LAND
UND
WIR

Institutionen und der staatlichen Verwaltung an sich. Mit diesen Kapiteln und Analysen ist es aber nicht getan. Eigentlich entwickelt Peter D. Forgács eine völlig neue Staatstheorie! Denn, so Forgács, unabhängig von Regierungsformen und Ideologien wird das staatliche Geschehen durch die Bürokratie gesteuert und bestimmt. Als Beispiele seien angeführt: Der Untergang des Römischen Reiches wird nicht mit der Völkerwanderung, sondern mit der vorangegangenen Zurückdrängung der Verwaltung erklärt. Oder: Der „Manchester-Liberalismus“ mit seiner minimierten Staatsauffassung als „Nachtwächterstaat“ wird nicht mit der kapitalistischen Ideologie erklärt. Sondern damit, dass die guten britischen Beamten der damaligen Zeit wegen der besseren Karrierechancen zuhauf in die Kolonien gestrebt haben.

Umstürze und politische Wechsel geschehen in einer Art Kreislauf und sie werden immer durch das Verhalten der Institutionen und Bürokraten gesteuert. Nimmt der Staat überhand, wird als Antwort Marktwirtschaft gestärkt und privates Vermögen wächst. So führte der Zusammenbruch des realen Sozialismus zu Privatisierungswellen, Beamtenabbau und Auslagerung staatlicher Zuständigkeiten auf private Unternehmen – und zwar in Ost und West. Im Westen gingen die Ausgliederungen sogar so weit, dass private militärische Unternehmen für hybride Kämpfe weltweit eingesetzt wurden und werden.

Nehmen aber Auslagerungen, Bürokratieabbau und Karrierebremsen für Beamte überhand, kommt es langsam, aber sicher durch oft unauffälligen passiven Widerstand zur Trendumkehr. Privates Großvermögen wird dann verstaatlicht und die Kontrolle über das Individuum verstärkt, so Forgács: „Anlässe dafür sind Kriege, Epidemien, ökologische Katastrophen sowie Wirtschaftskrisen. Sie legalisieren die Neuverteilung des Vermögens und bringen eine noch mächtigere öffentliche Verwaltung.“

Anmerkung des Rezensenten: Diesen Schlussabsatz hat Peter D. Forgács bereits 2016 formuliert! Heute würde man ihm wohl eine Verschwörungstheorie unterstellen. W.T.

Böhlau Verlag, 327 Seiten,

ISBN 978-3-205-20099-4, EUR 24,70



Personalia

Herzlich willkommen! Unsere neuen Mitglieder

MMag. Siegfried Bognar, Bgdr
Johann Danningner, Hptm
Mag. Norbert Gehart, GenLt
Philipp Graf, Olt
Christoph Heinz, Lt
Dipl.-Ing. Harald Hofbauer, Olt d Res
Christoph Lackinger, Lt
Mag. Peter Newole, Gfr
MMag. Alexander Platzer, GenMjr
Mag. Dr. Gottfried Reiter, Obstlt dhmfD
Mag. (FH) Hannes Schramm, Mjr
Dr. Christian Schwarz, Lt
MMag. Dr. Eugen Sonnleithner, Hptm
David Wallner, Hptm
Franz Zabernig, Lt

Wir gratulieren!

95. Geburtstag

Othmar Tauschitz, Gen iR

80. Geburtstag

Dr. Manfred Drennig, Olt aD
Univ.-Prof. Dr. Gustav Hanke, ObstdIntD iR
HR Dipl.-Ing. Günter Houdek, Olt aD
Dipl.-Ing. Helmfrid Massiczek, Olt aD
Dr. Wilhelm Mathes, Olt aD
Dieter Mayerhöfer, Mjr aD
Dr. Peter Pfannl, OWm (ROA) aD
Peter Rosenbauer, Olt aD
Günther Stepan, StWm iR

75. Geburtstag

Ing. Friedrich Asenbaum, Obstlt aD
MinR iR Dr. Klaus-Peter Diemert, Olt aD
Univ.-Prof. Dr. Paul Heiselmayer, Hptm aD
AR Alexander Kriegler, Obst iR
Univ.-Prof. Dr. Peter Pils, HptmA aD
Ing. Heinz Premer, Olt aD
Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Johannes Riegl, Olt aD
Ing. Nikolaus Scholik, Mjr dR
Johann Veith, KrimObst iR

70. Geburtstag

Mag. Herbert Baldia, OltApoth aD
Mag. Eugen Brosch-Fohraheim, Olt aD

Dr. Michael Gohn, Olt aD
Johannes Hofmann, Obstlt aD
Prof. Dr. Otto Jähnl, Obst aD
Mag. Gregor Keller, GenLt iR
Dipl.-Päd. Franz Schäffer, Olt aD
Herbert Staniek, Olt dRes

65. Geburtstag

Ing. Eddy Beck, Olt
Mag. Peter Enne
DDr. Ernst Gramm, Olt
Christian Günther, Olt dRes
Hermann-Horst Hasenhütl, Obst
Prof. Dr. Dietmar Lackner, ObstdIntD
Peter Lercher
Mag. Günter Schiefert, Bgdr iR
Mag. Manfred Schrattenbach, Mjr
Hon.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Alfred Vogel, Bgdr

60. Geburtstag

Mag. Serge Claus, Hptm
Dr. Wolfgang Friedl, Olt
SKH Karl Habsburg-Lothringen, Hptm
Mag. Robert Kadoun, Hptm
Mag. Friedrich Mannsberger, Olt
MinR Dr. Christian Mayer, Mjr
Dr. Reinald Padlewski, Obstlt
Ing. Mag. Udo Winter, Obst
MinR Dr. Martin Zehetner, ObstdIntD

50. Geburtstag

MMag. Thomas Fronек, ObstdG
Ing. Harald Hirschheiter, Olt
Dipl.-Ing. Peter Morawetz, Mjr
Dr. Gerhard Friedrich Saria, Hptm
Ing. Robert Schwimmer, Obstlt

In die große Armee eingerückt sind:

Walter Bisinger, Obst iR
RegR iR Reinhold Hakl, Olt aD
MMag. Dieter Lippert, Obst aD
Peter Tomek, Hptm aD
Mag. Hermann Zhuber-Okrog, Obstlt aD



Wir gratulieren!

Jubiläumszeichen in Bronze (JZB)

HR Olt aD Mag. Dr. Willibald Rosner MAS
Fhr Ingolf Hainberger BA

Jubiläumszeichen in Silber (JZS)

Olt DI (FH) Philipp Radlinger MSc, MBA
Olt Dr. Bernhard Girsch

Jubiläumszeichen in Gold (JZG)

Mjr DDr. Christian Hubert Schraml
Obst aD MinR iR Ernst Herrmann
Mag. Sandra-Sabine Kick
Hptm ADir i.R. Erik Nowak, Bakk

Großes Jubiläumszeichen (GJZ)

Oberst dIntD Mag. Dr. Eric Agstner

Verdienstkreuz in Gold (VKG)

Mjr Dr. Lothar Hofmann
ObstdIntD Dr. Eric Agstner



Olt Mag. Nikolaus Futter
Hptm MMag. Albin Rentenberger

Ritterkreuz des Ehrenzeichens der OG-WIEN (RK)

Olt Dr. Johannes Kunz

Offizierskreuz des Ehrenzeichens der OG-WIEN (OK)

Mjr Paul Varga, MSc



UNSERE INDUSTRIE

ist für die Menschen da.

Österreichs Industrie steht für fast ein Drittel unserer Wirtschaftskraft. Sie hat Österreich zu einem modernen, erfolgreichen Land gemacht und auch in schwierigen Zeiten bewiesen, dass man sich auf sie verlassen kann – als Treiber für Fortschritt und Garant für Stabilität und Lebensqualität.

Die Industriellenvereinigung



www.iv.at



Oberst iR Walter Bisinger (1924 – 2020)

Die OG-Wien trauert um Oberst iR Walter Bisinger, der am 20. Juli 2020 kurz vor seinem 97. Geburtstag verstorben ist. Oberst Bisinger rückte 1942 nach Absolvierung eines humanistischen Gymnasiums in Hollabrunn zur deutschen Wehrmacht ein und absolvierte die Luftkriegsschule in Tschentstochau (Schlesien), nunmehr Czeszochowa in Polen. Nach der Entlassung aus französischer Kriegsgefangenschaft im September 1945 arbeitete er bis 1959 als Rechnungsoberrevident in der Generalpostdirektion. 1959 erfolgte der Eintritt in das Bundesheer in das Infanterieschulbataillon Großenzersdorf. Von 1960 bis 1968 war er stellvertretender Kommandant der Heereswirtschaftsschule in der Stiftskaserne. Später dann versah er bis zu seinem Übertritt in den Ruhestand am 1. April 1986 Dienst in der Heeresversorgungsschule in der Vega-Payer-Weyprecht-Kaserne als Kommandant der Lehrgruppe Wirtschaftsdienst.

Zusätzlich war er auch als Lehroffizier und Prüfer an anderen Schulen des Bundesheeres tätig.

Oberst Bisinger war seit seiner Jugend katholisch geprägt, er war Militärpfarrgemeinderat und in der Arbeitsgemeinschaft katholischer Soldaten aktiv. Sein wohl wichtigstes Anliegen war die Unterstützung des Kinderheims St. Benedikt im Liebhartstal, die er 1961 begonnen hatte. Dieser Aufgabe fühlte er sich bis ins hohe Alter verpflichtet. Er war Träger hoher österreichischer und päpstlicher Orden, insbesondere des päpstlichen Ehrenkreuzes pro ecclesia et pontifice und des Ehrenkreuzes vom Orden des heiligen Georg, eine Auszeichnung der katholischen Militärdiözese. Mit Oberst Bisinger verliert die OG-Wien ein langjähriges treues Mitglied, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Olt Bernhard Egger

Oberst aD Mag. rer.soc.oec. Mag. phil. Dieter Lippert (1940 – 2020)

Die OG-Wien trauert um Oberst aD MMag. Dieter Lippert, der am 6. November 2020 nach kurzem schweren Leiden an den Folgen seiner Covid-19 Infektion verstorben ist. Seinen Grundwehrdienst absolvierte er als ET 10/59 bei der Garde in der MTK. In weiterer Folge führte ihn seine komplette militärische Laufbahn in das Burgenland, wo er zuerst als ZgKdt der GrzKp in Bruck/Leitha, dann als KpKdt im Sperr Baon III eingeteilt war. Über den S3 (mob) LWR 11 endete seine Milizkarriere als RKdt des ErsR 11. Seinen Zivilberuf begann er nach seinem Studium an der Hochschule für Welthandel (heute WU Wien) als Kostenrechner und in weiterer Folge als Financial Manager bei 3M Österreich. Seine erfolgreiche berufliche Entwicklung setzte er für weitere 25 Jahre bei Rohm and Haas Austria fort, wo er als Geschäftsführer das Unternehmen mit viel Umsicht lenkte. Nach seiner Pensionierung 1999 folgte er seiner Leidenschaft für Militär- und Zeitgeschichte und studierte an der Universität Wien. Seine viel beachtete

Diplomarbeit zur Erlangung des Mag. phil. war die Erarbeitung der Lebensgeschichte von Oberleutnant i. d. Res. Benno Fiala von Fernbrugg, dem österreichischen Fliegerass im Ersten Weltkrieg.

Er war seit 1960 Mitglied der OG-Wien, wo

er mit großem Interesse vielen Vorträgen beiwohnte. Mir persönlich wird Dieter als familiär-väterlicher Freund, der nach dem frühen Tod meines Vaters, Obstdt dRes Werner Futter, 2005 unsere Familie in vielen Belangen privat wie beruflich unterstützte und begleitete, in ewiger Erinnerung bleiben.

Lieber Dieter, ruhe in Frieden!

Olt dRes Nikolaus Futter





Die Offiziersgesellschaft Wien wünscht allen Kameradinnen und Kameraden ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, erfolgreiches neues Jahr 2021 im gemeinsamen Bemühen für ein friedliches und sicheres Österreich.

Aufgrund der Covid-19-Pandemie findet 2021 kein Neujahrsempfang der Offiziersgesellschaft Wien statt. Der traditionelle Ball der Offiziere in der Wiener Hofburg ist ebenfalls abgesagt.

Impressum Unser Auftrag - Member of European Military Press Association

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Offiziersgesellschaft Wien, 1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1, Tel. 01/712 44 67, Fax 01/307 89 09, zu 100 Prozent. **Vorstand:** ObstdIntD MMag. Dr. Udo Egbert Birkner, Obst aD Dipl.-Päd. Jürgen Frank, Obst Gerhard Skalvy, ObstdG MMag. Philipp Ségur-Cabanac, MjrdIntD Dr. Matthias Schmid, Olt Mag. Johann Schimatschek, Mjr Mag. Albert Stöger, Hptm Mag. Thomas Axmann, Obstlt a.D. Ing. Friedrich Asenbaum, Olt Dr. Bernhard Egger, Olt Mag. Nikolaus Futter, Mjr Michael Glanzer, Hptm Mag. Rudolf Haas, Olt Dr. Johannes Kunz, ObstdhmfD Mag. Philipp Loske, HptmdhmtD Dr. Markus Swittalek, MjrdhmfD a.D. Mag. Walter Tancsits, Lt Mag. Josef Thelesklaf, Mjr Paul Varga, MSc

Verantwortlicher: Olt Dr. Bernhard Egger; unser.auftrag@ogwien.at

Produktion: MetroCom Marketing/Michael Thomas

Fotos: Bundesheer/Günter Filzwieser; Bundesheer/Helmut Steger, Bundesheer/Pusch, Andy Wenzel, MilKdo Wien, Europäische Union, Lukas Wistl, OG-Wien-Archiv

Druck: Druckwelten **Vertragsnummer:** 02Z03290M **Abonnementpreis:** EUR 12,- p.a.

Wir sind als unabhängige Gesinnungsgemeinschaft Heimstätte für alle Offiziere. Unsere Vereinigung zeichnet sich durch Kompetenz und konstruktive Kritik aus.

Meinungsbildung wird in der Offiziersgesellschaft Wien durch Transparenz, Diskussion und Erfahrungsaustausch gefördert.

Offizier zu sein, ist für uns Berufung und Markenzeichen.

Wir freuen uns, Sie kennenzulernen!

Offiziersgesellschaft Wien. Die kritische Instanz in Sachen Sicherheit.



Schwarzenbergplatz 1
1010 Wien
Tel.: +43 1 712 44 67
info@ogwien.at
www.ogwien.at